



In ihrer politischen Tätigkeit ist Maja Ingold weit über ihre Heimatstadt Winterthur hinausgewachsen

Intensives politisches Engagement



EVP-Nationalrätin Maja Ingold übergibt das Mandat an Nik Gugger

■ MARGRIT WÄLTI, HENGGART

Seit 1986 war Maja Ingold ohne Unterbruch in verschiedenen Behörden tätig. Die EVP ist sehr dankbar für ihren ungebrochenen Einsatz in Gemeinderat, Verfassungsrat, Stadtrat und Nationalrat.

Maja Ingold hat sich stets viel vorgenommen für ihr politisches Engagement. Ihre Grundhaltung kommt in folgenden Worten klar zum Ausdruck: «Ich möchte beitragen zu einem friedlichen Zusammenleben hier in der Schweiz und mit den Menschen in andern Kulturen, Ethnien und Religionen. Deshalb liegen mir auch die weltweite Solidarität am Herzen und der gemeinnützige Einsatz für Menschen im In- und Ausland. Dies entspricht meiner inneren Pflicht.»

Die Behördentätigkeit von Maja Ingold begann 1986 in der Kirchenpflege Oberwinterthur und führte 1997 in den Winterthurer Grossen Gemeinderat. Nach 5 Jahren wurde sie in den Stadtrat von Winterthur gewählt, wo sie während 8 Jahren das interessante, sehr arbeitsintensive Sozialdepartement führte. Zwischendurch wirkte sie zusätzlich noch von 2000 bis 2002 im Verfassungsrat des Kantons. 2010 trat sie die Nachfolge von Ruedi Aeschbacher an im Nationalrat. Nun will sie im November den Stab weitergeben.

Im Nationalrat hat sich nicht alles realisieren lassen, was Maja Ingold gerne erreicht hätte. Sie war zwar allseits geachtete Sozialpolitikerin. Sie gesteht aber, dass sie bei grossen Vorlagen wie der Rentenreform oder der Energiestrategie wenig beitragen und meist nur diejenigen Lösungen unterstützen konnte, die sie am meisten überzeug-

ten. Sie durfte aber Wertschätzung erleben, weil sie stets sachlich, fundiert, sorgfältig und konsequent argumentierte.

«Hilfe zur Selbsthilfe ist ihre Devise und die richtige Art, den Schwächeren zur selbstständigen Lebensbewältigung zu verhelfen.»

Maja Ingold trat stets für einen starken Sozialstaat ein. Hilfe zur Selbsthilfe ist ihre Devise und die richtige Art, den Schwächeren zur selbstständigen Lebensbewältigung zu verhelfen. Als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit bearbeitete sie einen unglaublich weitverzweigten Themenbereich. Darüber hinaus erarbeitete sie für die EVP-Delegiertenversammlungen viele Dossiers in andern Politikbereichen wie Umwelt und Energie, Verkehr, in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, damit die

Delegierten die Parolen fassen konnten. Was sich in grossen Parteien auf viele Köpfe verteilt, lastete als Verantwortung in der Parteiarbeit stets auf den zwei EVP-Nationalrätinnen.

In ihrer Zeit im Stadtrat hat sie ein grösseres Verständnis für die Wirtschaft, den funktionierenden Markt und das Schaffen von Arbeitsplätzen entwickelt. «Die Wirtschaftsfreundlichkeit endet aber dort, wo die Gewinnmaximierung einziges Ziel für ganz Wenige ist», so beschreibt sie ihre Stellung dazu. Für Maja Ingold steht die Menschenwürde im Zentrum, ob es sich um die Sorgfaltspflichten von internationalen Konzernen gegenüber Menschen- und Umweltrechten handelt oder um Menschen im Pflegeheim.

Die EVP ist Maja Ingold unendlich dankbar für ihre gewissenhafte und hervorragende politische Arbeit während all dieser Jahre.

EDITORIAL



Hanspeter Hugentobler

EVP-Kantonalpräsident
Kantonsrat, Pfäffikon

Liebe Leserin, lieber Leser

Dass der Bund christlichen Jugendorganisationen die Subventionen streichen will, hat viele Christen empört. EVP-Kantonsrat Markus Schaaß hat umgehend gehandelt, Regierungsrat Mario Fehr kontaktiert und u.a. zusammen mit mir einen Vorstoss eingereicht. Die Zürcher Regierung reagierte prompt und verurteilte den Ausschluss christlicher Jugendorganisationen. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff suchte ihrerseits den Kontakt zu den Bundesbehörden. Und plötzlich ist Bundesrat Parmelin offen «für eine gemeinsame Lösung» ... Fazit: Der beherzte Einsatz der EVP zeigt Wirkung! Und: Es würde sich für Christen lohnen, sich nicht nur punktuell über politische Entscheide zu empören, sondern christlich orientierte Politiker und Politikerinnen permanent zu unterstützen ...

H. Hugentobler

2 x Ja zur Reform der Altersvorsorge

Keine brauchbare Alternative zum Kompromiss – ein Scheitern ist schlimmer



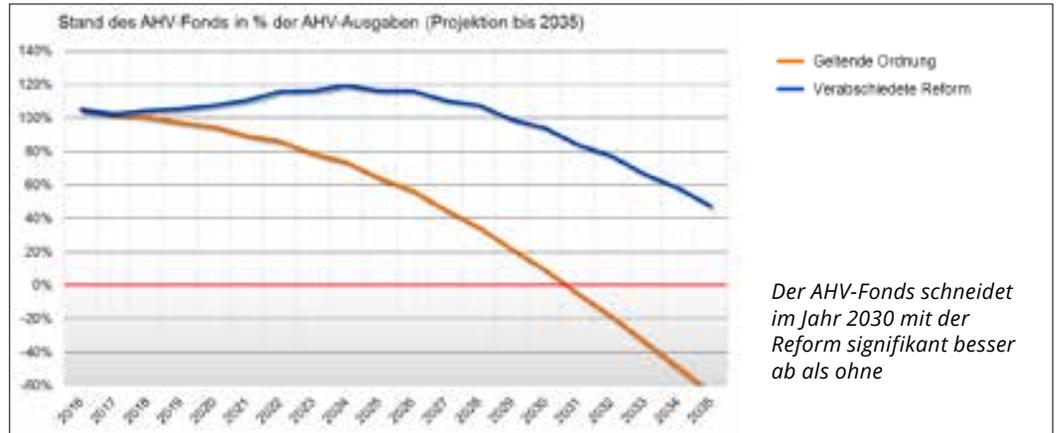
Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Die Reform der Altersvorsorge ist eines der wichtigsten Reformvorhaben unserer Generation. Die Abstimmungsvorlage stellt einen Kompromiss dar, der niemanden ganz befriedigt. Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse ist jedoch keine brauchbare Alternative in Sicht. Die EVP-Delegierten empfehlen deshalb mit 82 Ja zu nur 3 Nein ein doppeltes JA zur Reformvorlage und zu der damit verbundenen Erhöhung der Mehrwertsteuer.

«Scheitern ist besser, behaupten die Gegner. Sie riskieren, die AHV an die Wand zu fahren.»

Angesichts der wachsenden Lebenserwartung und der steigenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern schreibt die AHV jetzt schon rote Zahlen. Waren es bisher noch 4 Erwerbstätige, die einen Rentner finanzierten, werden es bald nur noch 2 Aktive sein, die für eine Rentnerin aufkommen müssen. Scheitert die Reform, steigt das kumulierte Defizit in der AHV bis 2030 auf 40 Mia Franken an. Die laufenden Renten könnten nicht mehr ausgezahlt werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir brauchen deshalb eine möglichst generationengerechte Reform, die angemessene Renten langfristig sichert. Die Revision muss zudem auch neuen Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit mit



verschiedenen Arbeitgebern und dem Wunsch nach Flexibilität beim Altersrücktritt Rechnung tragen. Sie sieht dafür u.a. ein einheitliches Referenzalter 65 für Frau und Mann und einen flexiblen Rentenbezug zwischen 62 und 70 Jahren vor. Vorsorgelücken für kleine Einkommen und Teilzeitbeschäftigte (besonders Frauen) werden geschlossen und der Koordinationsabzug flexibilisiert. Zudem werden die künftigen AHV-Renten um 70 Fr/Monat erhöht und Ehepaare erhalten 155% statt 150% einer Vollrente. Die Finanzierung erfolgt über einen Mehrwertsteuer-Zuschlag, der Rest kommt von den leicht erhöhten Lohnbeiträgen (je 0,15%) von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der BVG-Umwandlungssatz wird von 6,8% auf 6% gesenkt.

Die Reform verspricht sichere Renten für heute und morgen. Sie verhindert einen Rentenabbau. Für die Jungen, Frauen und Teilzeitbeschäftigten gibt es Anpassungen, die dem Leben in der mo-

dernen Arbeitswelt entsprechen. Scheitern ist besser, behaupten die Gegner. Sie riskieren, die AHV an die Wand zu fahren.

Mit den vorgeschlagenen Vorlagen ist die Altersvorsorge für das nächste Jahrzehnt gesichert. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Ein Scheitern ist schlimmer und für die jungen Generationen belastender als ein Nein. Darum: 2 x JA.

IN KÜRZE

Bezirksratswahlen

Daniel Reuter, Zürich, wurde in stiller Wahl wieder als Ersatzmitglied des Bezirksrats Zürich gewählt.

EVP-Präsidium

In Zell wurde nach dem Rücktritt von Kurt Nüesch neu Gemeinderätin Regula Ehrismann als Präsidentin gewählt. Franz Leutert, Obfelden, hat das Ortspräsidium nach 49 Jahren an Markus Gysel übergeben. Nach 27 Jahren Bezirksparteipräsidium in Affoltern übergibt Geri Gysel, Hedingen, das Amt an Lisette Müller-Jaag, Knonau. In Kloten übernimmt der 20jährige Tim Häfliger das Präsidium der EVP und ersetzt Gemeinderat Heiri Brändli.

Gemeindeparlament

Im Grossen Gemeinderat Winterthur wird Sämi Müller, Jugendpastor der Chile Grütze (Chrischona), Nachfolger von Thomas Deutsch.

Diakon

Als alt Kantonsrat der EVP ist Hans Fahrni, Winterthur, kein Unbekannter. Im Juni feierte der Diakon in seiner Zwinglikirche in Winterthur seinen Abschieds-Gottesdienst. Nach 40 Jahren Dienst für die Zürcher Landeskirche wurde er feierlich verabschiedet.

Generalsekretär

Raphael Hählen wird neuer Generalsekretär der *jev Schweiz und ersetzt Reto Stalder als langjährigen Vorgänger.

Ja zur Ernährungssicherheit

Brauchbarer Gegenvorschlag zu einer Initiative



Nik Gugger
EVP-Kantonsrat
Winterthur

Abgestimmt wird über den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative «für Ernährungssicherheit». Dieser will die Sicherung des Kulturlandes in der Bundesverfassung verankern und eine möglichst hohe inländische Nahrungsmittelproduktion sicherstellen. Die Vorlage findet breite Unterstützung. Die EVP-Delegierten stimmen mit 74 Ja gegen 4 Nein zu.

Zusätzlich zum Schutz des Kulturlandes soll

sich die Land- und Ernährungswirtschaft mehr am Markt ausrichten. Der Protektionismus darf nicht dazu führen, dass Entwicklungsländer ihre Produkte nicht mehr verkaufen können. Vielmehr wird ein fairer und grenzüberschreitender Handel (fair trade) gefördert.

Obwohl noch einige Fragen offen bleiben, kann der Vorlage zugestimmt werden. Die Bio-Bergbauern sehen ihre Ökoleistung teilweise gestört. Die Direktzahlungen an die Berggebiete sind aber gesichert. Weiter gilt es, die Nachhaltigkeit bei der Produktion von Nahrungsmitteln im Auge zu behalten. Die kritischen Einwände haben an der Delegiertenversammlung immerhin zu 12 Enthaltungen geführt. Das ändert aber nichts am JA der EVP zur Vorlage.

Ja zur Änderung der Heimfinanzierung

Dringliche Korrektur eines Gesetzgebungsfehlers



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat
Pfäffikon

Vor einem Jahr hat das Bundesgericht entdeckt, dass die gesetzliche Grundlage für die Beiträge der Gemeinden an Heimplatzierungen von Kindern und Jugendlichen ungenügend ist. Einige Gemeinden wollen deshalb ihre Anteile nicht mehr bezahlen. Um die bisherige Ordnung wiederherzustellen, muss das Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge geändert werden.

Das überraschende Urteil des Bundesgerichts hat zu grosser Rechtsunsicherheit geführt. Eine wachsende Zahl von Gemeinden weigert sich, Kostengutsprache für Heimaufenthalte zu geben. Es soll sogar Gemeinden geben, die Kinder ohne Rücksicht auf ihr Wohl von ihrer Pflegefamilie wegnehmen und in einem Heim platzieren, um ihren Beitrag zu sparen! Um solchen Missbräuchen den Riegel zu schieben, muss die gesetzliche Regelung so präzisiert werden, dass die bisherige Kostenteilung zwischen Kanton, Gemeinden und Eltern wiederhergestellt wird. So würde die 30 Jahre alte bewährte Ordnung wiederhergestellt. Die geplante Totalrevision



Kein Streit auf dem Buckel der Kinder

des Kinder- und Jugendheimgesetzes kann dafür nicht abgewartet werden. Die EVP-Delegierten haben einstimmig die JA-Parole beschlossen.

Ja zur Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs

Sinnvolle raumplanerische Massnahme



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern a.A.

Bei der direkten Bundessteuer können nur noch maximal 3000 Franken für den Arbeitsweg abgezogen werden. Der Kanton will nachziehen, zeigt sich aber mit einem Maximum von 5000 Franken grosszügiger. Die EVP empfiehlt einstimmig ein JA.

«150 000 Steuerpflichtige profitieren bisher von einem Abzug, der höher liegt als beim Bund und als bei Benützung des öffentlichen Verkehrs.»

Bis jetzt dürfen die Kosten des Arbeitsweges im Kanton Zürich voll vom steuerbaren Einkom-



Der maximale Steuerabzug liegt höher als ein ZVV-Abo

men abgezogen werden. 150 000 Steuerpflichtige profitieren so von einem Abzug, der höher liegt als beim Bund und als bei Benützung des

öffentlichen Verkehrs. Auch wenn unter ihnen viele sind, die aus verschiedensten Gründen auf das Auto angewiesen sind (Nachtdienst usw.), lassen sich unbeschränkte Abzüge nicht rechtfertigen. Mit einer höheren Limite von 5000 Franken Maximalabzug berücksichtigt die zur Abstimmung gelangende Änderung des Steuergesetzes die Bedürfnisse von Autopendlern genügend.

Mit der Begrenzung des Pendlerabzugs kommt der Kanton zu Mehreinnahmen von 55 Mio. Franken. Diese braucht er, um seinen jährlichen Beitrag von 120 Mio. Franken an den Bahninfrastrukturfonds mitzufinanzieren. Dieser Beitrag an den öffentlichen Verkehr wird so im Ergebnis etwa zur Hälfte von den Autopendlern finanziert. Ausserdem machen lange Pendlerwege raumplanerisch keinen Sinn. Die EVP-Delegierten haben zur Vorlage einstimmig die JA-Parole beschlossen.

ANZEIGE

Huwa

Sanftes Waschen – Ihrer Wäsche zuliebe

R. HUNZIKER AG
Waschmaschinenfabrik
5728 Gontenschwil

Tel. 062 773 11 70
www.huwa.ch

Familienferien, Gruppenaufenthalte und Seminare im CVJM Zentrum Hasliberg.

www.cvjm-zentrum.ch | info@cvjm-zentrum.ch

Nein zum Gegenvorschlag zur Anti-Stauintiative

Der motorisierte Verkehr darf nicht privilegiert werden



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern a.A.

Die EVP hat sich schon immer für eine Gleichbehandlung von Strasse und Schiene ausgesprochen. Für sie kommt deshalb eine Privilegierung des motorisierten Individualverkehrs, wie ihn die Anti-Stauintiative auch in der gemilderten Form eines Gegenvorschlags in der Verfassung festschreiben will, nicht in Frage. Sie empfiehlt einstimmig ein NEIN.

Eine Mehrheit des Kantonsrates möchte festschreiben, dass die Leistungsfähigkeit von Strassen für den motorisierten Individualverkehr auf keinen Fall reduziert werden dürfe. Dieser Grundsatz soll in die Zürcher Kantonsverfassung aufgenommen werden. Ein Horror für das gleichberechtigte Nebeneinander von Strasse und Schiene!

«Die EVP sagt NEIN zu einem unbeschränkten Ausbau der Strassen.»

Ein nachfragegerechter Ausbau unserer Strassen ist weder erfüllbar noch sinnvoll. Bei der Erstellung neuer Strassen werden bewusst und zu Recht flankierende Massnahmen beim bestehenden Strassennetz vorgenommen. Wird die Leistungsfähigkeit zur einzigen Vorgabe beim Ausbau der Strassen gemacht, führt dies zu Widersprüchen mit andern, gleichwertigen Anliegen. In der Raumplanung wird ein haushälterischer Umgang mit dem Boden verlangt. Gemäss Richtplan soll der öffentliche Verkehr mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses übernehmen. Solche Vorgaben liessen sich nicht mehr erfüllen. Von den finanziellen Folgen eines ungezügelten Strassenbaus ganz zu schweigen! Die EVP sagt NEIN zu einem unbeschränkten Ausbau der Strassen.

lung neuer Strassen werden bewusst und zu Recht flankierende Massnahmen beim bestehenden Strassennetz vorgenommen. Wird die Leistungsfähigkeit zur einzigen Vorgabe beim Ausbau der Strassen gemacht, führt dies zu Widersprüchen mit andern, gleichwertigen Anliegen. In der Raumplanung wird ein haushälterischer Umgang mit dem Boden verlangt. Gemäss Richtplan soll der öffentliche Verkehr mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses übernehmen. Solche Vorgaben liessen sich nicht mehr erfüllen. Von den finanziellen Folgen eines ungezügelten Strassenbaus ganz zu schweigen! Die EVP sagt NEIN zu einem unbeschränkten Ausbau der Strassen.

Nein zur Aufhebung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene

Gegen die Verschiebung von Lasten auf die Gemeinden



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Im Kanton Zürich leben rund 5000 Menschen mit dem Status «vorläufig aufgenommen». Viele von ihnen können den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien nicht selber finanzieren. Seit 2011 erhalten sie wie alle Bedürftigen Sozialhilfe. Diese Unterstützung soll mit einer Änderung des Sozialhilfegesetzes aufgehoben werden, so dass sie nur noch Asylfürsorge erhalten würden. Zu dieser Diskriminierung sagt die EVP entschieden NEIN.

Wer kein Asyl bekommen hat, muss in seine Heimat zurückkehren. Das ist aber in vielen Fällen

entweder nicht möglich oder nicht zumutbar. Eine Rückschaffung z.B. nach Eritrea, Iran, Irak, Syrien oder Afghanistan ist weder durchführbar noch zumutbar. So bleiben diese Menschen mit einem unsicheren Status teilweise viele Jahre bei uns. Anders als bei anerkannten Flüchtlingen ist ihre Integration deutlich erschwert, sie finden auch kaum Arbeit.

«Stimmt das Volk der Änderung des Sozialhilfegesetzes zu, erhalten vorläufig Aufgenommene nur noch Asylfürsorge, d.h. ca. 20% weniger Unterstützung als bisher.»

2011 haben sie mit der Revision des Sozialhilfegesetzes wenigstens eine Gleichstellung mit andern bedürftigen Menschen erhalten. Ihr An-

spruch auf Sozialhilfe garantiert ihr Existenzminimum, und ausserdem werden Massnahmen zu ihrer beruflichen und sozialen Integration (z.B. Sprachkurse und Ausbildungen) mitfinanziert.

Diese Fortschritte stehen auf dem Spiel. Stimmt das Volk der Änderung des Sozialhilfegesetzes zu, erhalten vorläufig Aufgenommene nur noch Asylfürsorge, d.h. ca. 20% weniger Unterstützung als bisher. Das verschiebt u.a. auch Kosten vom Kanton auf die Gemeinden, weil sich der Kanton nicht mehr an den Kosten der Integrationsmassnahmen beteiligt. Das Referendum gegen die Änderung des Sozialhilfegesetzes ist denn auch von den Gemeinden, allen voran den Städten Zürich und Winterthur, ergriffen worden. Die Kürzung der Unterstützung bedeutet keine Lösung, sondern nur noch mehr Druck und Schwierigkeiten für Menschen, die es bereits sehr schwer haben.

ANZEIGE



Schöne Ferien...

Kinder übernachten gratis*
*gratis im Zimmer der Eltern / günstige Familienzimmer

Familienhotel Alpina
CH-3715 Adelboden
Tel. +41 (0)33 673 75 75
info@alpina-adelboden.ch

Adelboden
Frutigen

alpina

rot HOTELS
Standard · Geschäfts · Wohn



Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Zurück in den Stadt- und Gemeinderat

Interview mit Stadtratskandidatin Claudia Rabelbauer



Peter Ritschard
alt Kantonsrat
Zürich

Am 4. März 2018 werden in der Stadt Zürich der Stadtrat und der Gemeinderat neu gewählt. Die EVP will die 5%-Hürde zusammen mit der BDP überwinden und mit Claudia Rabelbauer wieder in den Stadtrat einziehen. Es steht ein harter Wahlkampf bevor.

EVPInfo: Claudia Rabelbauer, wer bist du?

Ich habe von 1997 bis 2008 als Lehrerin und Schulleiterin in Höngg gearbeitet. Von 2006 bis 2014 war ich im Gemeinderat. Besonders stolz bin ich auf meinen erfolgreichen Vorstoss für die administrative Entlastung der Lehrpersonen und Schulleitungen durch die Einführung von Schulsekretariaten und auf die beiden EVP-Wohnbauinitiativen für mehr günstigen Wohnraum in der Stadt. Seit 2007 bin ich selbstständig als Krippenleiterin tätig und seit 2016 gewählte Schulpflegerin. Ich bin seit 20 Jahren glücklich mit Richard verheiratet.

Warum bist du in der EVP?

Die EVP vertritt meine politische Haltung fast perfekt. Ich kann mich gut mit der Grundlage des Evangeliums identifizieren und schätze die Menschen in der EVP. Die Politik der EVP ist pragmatisch aber nicht gesetzlich, aufgeschlossen und doch auch wertorientiert, lösungsorientiert aber nicht polemisch, sachlich aber nicht ideologisch.

«Ich möchte, dass die Stadt Zürich den Spitzenplatz mit der höchsten Lebensqualität einnimmt, und zwar für alle und nicht nur für wenige!»

Was qualifiziert dich für den Stadtrat?

Meine langjährige Erfahrung in der Schule zeichnet mich natürlich primär für das Amt der Schulvorsteherin aus. Als Krippenleiterin und Unternehmerin weiss ich aber auch, wie man einen Betrieb und ein Team von über 40 Personen führt. Obwohl ich mich gerne für die Schule engagieren würde, könnte ich mir auch ein anderes Departement vorstellen. Als ehemalige Gemeinderätin kenne ich die politischen Gepflogenheiten im Rat. Ich weiss, wie der Staat tickt, und kenne auch die Privatwirtschaft.

Was würdest du im Schul- und Sportdepartement verändern?

Vieles läuft in der Schule bereits sehr gut. Die Einführung der Schulleitungen hat die Strukturen und Zuständigkeiten in der Schule profession-



Zürich ohne EVP – nicht nur für Claudia Rabelbauer unvorstellbar!

onalisiert. Die Belastung für die Lehrpersonen ist jedoch sehr hoch. Die Ansprüche der Eltern und der Gesellschaft sind gestiegen. Dem Schulpersonal den Rücken zu stärken und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen, wäre für mich das oberste Ziel.

Und wenn der Stadtrat dir ein anderes Departement gibt?

Ich sehe den Stadtrat primär als Dienstleister und Scharnier zwischen Volk, Parlament und Verwaltung. Die Führungsaufgaben stellen sich in allen Departementen gleich.

Wie beurteilst du deine Wahlchancen?

Für den Gemeinderat bin ich zuversichtlich. Das Wahlbündnis mit der BDP ist ein geschickter Schachzug, der uns den Sprung über die unfaire 5%-Hürde ermöglichen soll. Für den Stadtrat ist meine Ausgangslage viel schwieriger, als sie seinerzeit für Ruedi Aeschbacher war. Das Volk wird entscheiden.

Welche Visionen hast du für Zürich im Jahre 2030?

Ich möchte, dass die Stadt Zürich den Spitzenplatz mit der höchsten Lebensqualität einnimmt, und zwar für alle und nicht nur für wenige!

Welches Buch liest du gerade?

Ich lese zurzeit 365 Portraits namhafter Personen, welche das reformierte Feuer in den letzten 500 Jahren praktisch weitergegeben haben.

Wenn der Heilige Geist einen Abstecher nach Zürich macht - was gefällt ihm, wovon kriegt er Kopfweh?

Überall wo Menschen Gott loben, wohnt er mit-ten unter uns. Kopfweh bekommt er vielleicht vom vielen Nörgeln und Kritisieren!

BEHÖRDENMITGLIED



Carolina Grimaldi Akermann

Mitglied der Kreisschulpflege Waidberg, Zürich

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

... ich mich mit Herz und Verstand für die Interessen und Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Familien einsetzen möchte

... mir die schulische Bildung am Herzen liegt

... mir christliche Werte wichtig sind.

Rekordbesuch dank grossem Einsatz

Diskussion über die künftige Gestaltung der Bahnhofstrasse



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter
Richterswil

Andreas Kaplony ist seit zwei Jahren zusammen mit Verena Bräm Co-Präsident der EVP Kilchberg. In letzter Zeit hat die Kleinpartei mehrere sehr gut besuchte Anlässe durchgeführt, die eine Rekordzahl an Besuchern anlockten. Die EVP greift aktuelle Themen auf und übt so Druck aus auf die Kilchberger Gemeindebehörden.

Im April 2016 führte die EVP Kilchberg einen Anlass zum Thema «Flüchtlinge unter uns» durch. Der Anlass war mit ca. 100 Gästen sehr gut besucht. Es ging um die Frage, wie wir mit Flüchtlingen, die in Kilchberg stationiert wurden, umgehen, und wie wir ihnen helfen können. Bereits im Mai darauf führte die Ortspartei einen Anlass zur Fortpflanzungsmedizin durch. Im vergangenen Februar lud die EVP sodann ein zu einem Gespräch mit Ahmed und Nada, zwei Flüchtlingen aus Syrien. Sie erzählten über die Gründe ihrer Flucht, über die gefährliche Reise mit dem Schlepperboot nach Europa und wie sie in Europa empfangen wurden. Auch hier waren 40 Personen für den spannenden Abend mit anschliessendem Apéro erschienen.

Ein weiterer Anlass in diesem Jahr war die Diskussion um die Bahnhofstrasse in Kilchberg, da der Bahnschalter und der Kiosk geschlossen werden. Zudem soll die Post durch eine Postagentur ersetzt werden. Die EVP lud zu einer Podiumsdiskussion um die künftige Gestaltung der Bahnhofstrasse ein – wiederum mit grossem Publikumsandrang: über 110 Besucher.

Die vielen erfolgreichen Anlässe hat vor allem Andreas Kaplony zu verantworten. Gründe, warum er diese Anlässe geplant hat, gibt es verschiedene. So nennt er als Erstes den Auftrag, den wir in der Bibel bei Jeremia finden: «Suchet der Stadt Bestes!» Es sei unsere christliche Aufgabe, uns um das Wohl unseres Wohnortes zu kümmern. Das kann man sehr gut in der Politik tun, indem man die Menschen fragt, was sie beschäftigt. Wichtig ist das Hinhören – genau so wichtig aber dann auch das Handeln. Ein weiterer Punkt ist aber sicher auch der Wunsch, die kleine Ortspartei zu stärken. Die Parteien haben von Links bis Rechts mit Mitgliederschwund zu kämpfen.

«Die EVP lud zu einer Podiumsdiskussion um die künftige Gestaltung der Bahnhofstrasse ein – wiederum mit grossem Publikumsandrang: über 110 Personen.»

Es ist Andreas Kaplony wichtig, die Ortspartei durch solche Aktionen wieder bekannt zu ma-



Ahmed und Nada erzählen über die Gründe ihrer Flucht

chen und neue, vor allem auch jüngere Menschen zu motivieren, sich in der Lokalpolitik zu engagieren. Es wäre natürlich super, wenn diese dann auch der EVP beitreten und sich für ein Behördenamt interessieren.

Wie gelingt es der EVP Kilchberg überhaupt, so viele Menschen an ihre Anlässe zu locken? Andreas Kaplony verrät, dass da viel Medienarbeit dahinter steckt. Parteimitglieder verteilen viele A4-Flyer in den Briefkästen der Gemeinde – 1/3 bis 2/3 der Haushalte werden so bedient. Zudem werden Inserate in der Lokalzeitung und der Zürichsee-Zeitung geschaltet. Bei guten Themen hat es die EVP Kilchberg sogar in den Redaktionsteil geschafft. Für den letzten Anlass zur Bahnhofstrasse wurde auch vor Ort zu Stosszeiten Werbung auf der Strasse gemacht.

Andreas Kaplony investiert viel Energie in diese Anlässe. Gerade weil ihm die Politik hilft, aus seinem Alltag auszubrechen und mit Personen aus den verschiedensten Milieus zu sprechen, hat der Einsatz für ihn auch etwas Erfrischendes. Man lernt die Nachbarn besser kennen – und bekommt so Zugang zu vielen Personen, die mithelfen wollen. Speziell dankbar ist er gegenüber seiner Co-Präsidentin Verena Bräm und für die Hilfe der Bezirkspartei und deren Präsidentin Elsbeth Kuster.

«Der nächste grosse Anlass ist bereits geplant.»

Der nächste grosse Anlass ist bereits geplant und ausgeschrieben. Er findet am 26. Oktober in Kilchberg statt. Andreas Kaplony, von Beruf Professor für Islamwissenschaft, wird über «Islam, Koran und Gewalt» einen Vortrag halten.

ANZEIGE

StopArmut-Konferenz 2017 Mit Geld Gutes tun?

www.stoparmut.ch/konferenz

STOP ARMUT
www.stoparmut.ch

Samstag, 28. Oktober 2017, 8:30-17:30 Uhr
Ref. Kirchgemeindehaus Zürich-Wipkingen

INTERACTION
GEMEINSAM MEHR BEWIRKEN

Schweizerische Evangelische Allianz

Jugend + Sport: EVP interveniert mit Erfolg

Christliche Jugendarbeit darf nicht diskriminiert werden



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Das Bundesamt für Sport (BASPO) will christliche Jugendorganisationen von der Förderung durch Jugend + Sport (J+S) ausschliessen. Damit würde eine jahrzehntelange erfolgreiche Zusammenarbeit aus nicht nachvollziehbaren Gründen beendet. Die EVP hat dagegen mit Erfolg interveniert.

Christliche Jugendorganisationen sind seit vielen Jahren den J+S-Programmen des BASPO in Magglingen angeschlossen. Für sportliche Angebote zugunsten ihrer Kinder und Jugendlichen erhielten sie Beiträge und Leihmaterial, und ihre Leiterinnen und Leiter konnten an Aus- und Weiterbildungsprogrammen teilnehmen. Anfangs Jahr erreichte viele von ihnen ein Brief aus Magglingen, die Zusammenarbeit werde per Ende 2017 eingestellt. Zur Begründung wurde nur gerade ausgeführt, stark religiös geprägte Organisationen, bei denen die Glaubensvermittlung und nicht die körperliche Ertüchtigung im Vordergrund stehe, könnten nicht mehr unterstützt werden. Dabei stützte sich das BASPO lediglich auf eine Analyse der Statuten der betroffenen Jugendorganisationen – und nicht etwa auf eine Beurteilung ihrer Sport- und Lagerangebote.

Als ehemaliger Jungscharleiter weiss ich, dass dieser Entscheid diskriminierend und unfair ist. Gegen die einseitige Qualifizierung ihrer Leiterausbildung und Lagergestaltung haben sich die betroffenen Verbände zu Recht gewehrt: Christliche Jugendarbeit stehe nicht im Widerspruch zu einer ganzheitlichen Förderung, im Übrigen fusse jede Jugendarbeit auf irgendeinem ideel-



Die betroffenen christlichen Jugendverbände haben am 1. Juli auf dem Bundesplatz gegen ihre Diskriminierung demonstriert

len Hintergrund. Unterstützt wurden sie von einer Petition der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) mit 26'000 Unterschriften.

Auch die EVP schaltete sich sofort und prominent ein. Unserer Nationalrätin Marianne Streiff gelang es, zusammen mit weiteren Beteiligten beim Sportminister Bundesrat Guy Parmelin vorzusprechen. Bei diesem Treffen wurde klar gestellt, dass es nicht nachvollziehbar sei, wenn eine Sportaktivität als nicht förderungswürdig eingestuft werde, nur weil sie von einer christlichen Organisation erbracht wird. In den vielen Jahrzehnten der Zusammenarbeit mit J+S habe es nie irgendwelche Vorwürfe gegeben, die Kinder würden instrumentalisiert.

Unterstützung kam auch aus dem Kanton Zürich. Ich habe unseren kantonalen Sportminister Mario Fehr angeschrieben und ihn um Unterstützung gebeten. Regierungsrat Mario Fehr schrieb umgehend nach Bern und Magglingen, der fragliche Entscheid sei rückgängig zu machen. Zusammen mit unserem EVP-Kantonal-

präsidenten Hanspeter Hugentobler reichten wir zudem im Kantonsrat einen Vorstoss ein. Mit Erfolg. Der Regierungsrat hielt u.a. fest: «Der Regierungsrat erwartet, dass eine an rein sportlichen Kriterien orientierte Lösung gefunden wird. Ausschlaggebend für die finanzielle Unterstützung von J+S-Aktivitäten muss sein, dass eine unterstützungswürdige sportliche Leistung erbracht wird.» Damit erteilte er einer fragwürdigen Gewissensprüfung eine klare Absage.

Inzwischen wird an einem «Runden Tisch» mit den zuständigen Bundesstellen eine Lösung angestrebt, die es ermöglicht, dass die betroffenen Jugendverbände auch über 2018 hinaus Bundesförderung erhalten.

Christliche Politikerinnen und Politiker können mit gesundem Augenmass für das politisch Machbare durchaus erfolgreich wirken. Und das wiederum sollte Christen motivieren, nicht nur über die Politik zu «schimpfen», wenn es nicht rund läuft, sondern sich selber politisch zu engagieren! Zum Beispiel in der EVP.

VORSTÖSSE IM KANTONS RAT

Asylpraktikum

Daniel Sommer fordert gesetzliche Grundlagen für ein Praktikum von vorläufig Aufgenommenen ohne Präjudiz für eine B-Bewilligung (2017 084).

Unispital-Sponsoring

Kritische Fragen zur Ausweitung des Sponsorings für das Universitätsspital stellen die Kantonsräte Markus Schaaf, Hanspeter Hugentobler und Beat Monhart (2017 094).

Subjektfinanzierung

Markus Schaaf verlangt, dass Menschen mit

Beeinträchtigung subjektfinanziert werden und so die Freiheit erhalten, ihre Lebensweise vermehrt selber zu bestimmen (2017 100).

Fristenstillstand

Tobias Mani verlangt eine einheitliche und klare Regelung für den Fristenstillstand auch im Rekursverfahren (2017 101).

Fahrplanverfahren

Markus Schaaf weist auf Angebotsänderungen im ZVV hin, welche zur Reduktion der Leistungen im Tösstal und Bezirk Andelfingen geführt haben (2017 106).

Jugendliche

Walter Meier sorgt sich, dass viele Jugendliche den Übergang von der Schule oder Lehre zur Berufswelt im Kanton Zürich nicht schaffen und verlangt von der Regierung entsprechende Anschlusslösungen (2017 138).

Christliche Jugendarbeit

Markus Schaaf und Hanspeter Hugentobler setzen sich gegen den einseitigen Abbau von Beiträgen an christliche Organisationen in Jugend + Sport ein (2017 127).

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Geschichte des Gesundheitswesens

Solidarität zwischen Gesunden und Kranken darf nicht verloren gehen



Margrit Wälti
Henggart

Barbara Günthard Fitze, Präsidentin der EVP Winterthur, mit vierzigjähriger Berufserfahrung in Akutmedizin und Spitex, führte am Sommerfest der Frauen in das Gesundheitswesen von anno dazumal und von heute ein.

Am Grillfest des Frauennetzwerkes in Winterthur wurden nicht nur Würste gegrillt und Dessert gegessen. Barbara Günthard streifte in einem Vortrag kurz die Anfänge der Pflege, die

geprägt waren von viel Arbeit für Gottes Lohn durch Diakonissen, Beginen oder Hebammen. Ende 19. Jahrhundert entstanden Krankenpflegeschulen. In den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts verlangten die Berufsleute einen Lohn, der mit der Polizeiarbeit verglichen wurde. In den 80er-Jahren begann die Leistungserfassung. Einzelne Handlungen müssen aufgelistet werden, damit genau abgerechnet werden kann. Die «Krankenschwester» wurde durch neue Berufsbezeichnungen abgelöst. Die Frage, wer was bezahlt, wer alles kontrolliert, welche Krankenkassen wieviel bezahlen müssen, führt trotz dem neuen Pflegefinanzierungsgesetz von 2012 zu grossen Diskussionen. Gesundheit ist ein grosses Geschäft, das wird in den aktuellen



Barbara Günthard Fitze ist selber im Gesundheitswesen tätig

politischen Debatten klar. Wer verdient wo am meisten? Für die EVP stehen die Menschen im Mittelpunkt, seien es die Mitarbeitenden oder die Patientinnen und Patienten.

Die *jevp besucht das Bezirksgericht

EVP-Richter Andreas Huizinga gibt Einblick in ein Strafverfahren



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter,
Richterswil

Die *jevp Kanton Zürich war im Bezirksgericht in Zürich Gast. So hat die Jungpartei einen Einblick in die dritte Staatsgewalt erhalten.

Am 15. Mai konnte die *jevp im Bezirksgericht in Zürich einer Gerichtsverhandlung zuschauen. Andreas Huizinga, Bezirksrichter der EVP, hatte diesen Anlass organisiert und vor der Verhandlung eine kleine Führung gemacht.

Bevor die Jungpolitiker das Gerichtsgebäude betraten und auf der Zuschauertribüne Platz nahmen, wurden sie über die vor dieser Verhandlung durchgeführten Verfahren informiert. In ihrem Beisein wurde ein spannender Fall aufgerollt, der sogar in der Zeitung aufgegriffen wurde. Es war anregend, selbst einmal bei einer solchen Verhandlung dabei zu sein, anstatt nur über sie zu lesen.

Ein ganzer Vormittag verging mit der Schilderung der Standpunkte der Anklage und der Verteidigung der Angeklagten. Dabei beschuldigten sie sich gegenseitig der Lüge. Die Plädoyers der Anwälte nach der Mittagspause hat sich die *jevp erspart. Sie hätten weitere 2 bis 3 Stunden



*EVP-Bezirksrichter Andreas Huizinga (rechts) mit *jevp-Delegation*

gedauert. Die Meinungen gingen innerhalb der *jevp auseinander, wer wohl die Wahrheit erzählt hat. Nicht erstaunlich war dann allerdings das Urteil: Im Zweifel für die Angeklagte. Und für die *jevp ohne Zweifel ein guter Einblick in unser Rechtssystem.

EVP Winterthur: Die Wahlen 18 stehen vor der Tür

Mit dem neuen Konzept «EVP bi dä Lüüt» in den Wahlkampf



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin im
Grossen Gemeinderat Winterthur

Die Wahlkommission der EVP Winterthur hat ihre Arbeit für die Gemeinde- und Stadtratswahlen 2018 bereits aufgenommen.

Der erste Schritt ist jeweils, genügend qualifizierte und engagierte Kandidierende für die Gemeinderatsliste zu finden. Immerhin sollten 60 Linien voll werden. Bei der Anfrage poten-

tieller Kandidaten und Kandidatinnen kommt meistens zuerst die Frage: Was erwartet ihr von mir, wenn ich zusage? Unsere Ansprüche waren bisher klar: Du musst ein Kandidatenseminar besuchen, ein Foto machen (und dieses auch selber bezahlen), du musst einmal eine Standaktion mitmachen, usw.

Diese «to-do-Liste» schreckte einige ab und damit gingen uns auch gute Kandidatinnen und Kandidaten verloren. Dieses Mal haben wir beschlossen, das Ganze umzukehren. Wir bieten den Kandidierenden finanzielle oder ideelle Unterstützung für eigene Ideen an. Das

Kandidatenseminar bleibt als motivierender Startschuss für den Wahlkampf bestehen, aber dann ermuntern wir die Leute, selber Projekte und Ideen zu entwickeln, wie sie mit Menschen ins Gespräch kommen können. Das kann ein Brunch für Freunde sein, das Verteilen von Selbstgebackenem vor der Migros, ein Hauskreisabend mit Beteiligung eines Gemeinderates und anderes mehr.

Wir erhoffen uns so mehr persönliche und gewinnbringende Kontakte mit unseren potentiellen Wählerinnen und Wählern, aber auch mehr Spass am Wahlkampf für die Kandidierenden.

«Was würde Jesus tun in der Politik?»

Eine Begegnung mit Felix Ruther



Jacqueline Alder
Winterthur

Felix Ruther war langjähriger Studienleiter der VBG. Seit seiner Pensionierung ist er dort freier Mitarbeiter. Seit einigen Monaten führt er an seinem Wohnort einen christlichen Stammtisch. Lassen wir ihn selber sprechen:

Seit einiger Zeit gibt es in Regensdorf einen «Abstimmungsstamm». Wir treffen uns jeweils vor den Abstimmungen und diskutieren die anstehenden Vorlagen. Dabei hatte ich bei der Gründung zwei Ziele vor Augen: Einerseits wollte ich im freikirchlichen Milieu, zu welchem ich gehöre, besonders unter den Jungen das Bewusstsein für die Politik stärken. Denn nur allzu oft begegnen mir hier «Schwarzfahrer der Demokratie» – also Menschen, die zwar alle Vorzüge einer Demokratie schätzen und Gott im Gebet dafür danken, jedoch wenig dafür investieren, oft nicht einmal an Abstimmungen teilnehmen.

«Allzu oft begegnen mir «Schwarzfahrer der Demokratie»

Woher rührt dieses Phänomen? Ist es eine platte Konsumhaltung, die auch in den christlichen Gemeinden zunehmend anzutreffen ist? Ist es Überforderung? Ist es Resignation, weil «die da oben eh machen, was sie wollen»? – Ich weiss es nicht. Es ist mir jedenfalls ein grosses Anliegen, Christinnen und Christen aus ihrem apolitischen Kirchenschlaf aufzuwecken, denn Christsein bedeutet nicht primär sich zu fragen, ob man in den Himmel kommt, sondern bedeutet in der Nachfolge Jesu am Wachsen seines Reiches mitzuwirken.



Immer für den Glauben «auf Achse» und das mit viel Charme

ZUR PERSON

Felix Ruther
Dr. phil. II, pensionierter Chemielehrer
freier VBG-Mitarbeiter
verheiratet
Regensdorf

Das zweite Anliegen, das wir am Abstimmungsstamm verfolgen, geht von der Frage aus, wie man denn zu einer politischen Überzeugung kommen kann, die pointiert davon ausgeht, dass Gott existiert und ihm seine Welt nicht egal ist, und er gerade durch jene, die seinen Willen tun möchten, in diese Welt eingreifen will. Hierbei helfen uns ganz einfache Fragen: «What would Jesus do?» – Wie würde Jesus in dieser Situation entscheiden? Ich möchte als Christ in meinen politischen Entscheidungen

und Ansichten diesem Prinzip folgen. Ich möchte immer weniger meiner Angst um mein Land, meinen Besitz, meine Identität... Kraft geben, sondern der Hoffnung darauf, dass Gott mich versorgen wird. Diese einfache Frage bietet natürlich kein «Allerwelts-Rezept» und liefert nicht immer eindeutige Antworten. Sie vermag aber die Richtung anzugeben, in die wir denken und suchen müssen.

VBG

VBG – Vereinigte Bibelgruppen in Schule, Universität und Beruf
Interkonfessionelle, missionarische Bewegung, welche die Tiefe des Glaubens mit der Weite des Denkens verbinden möchte
www.vbg.net

ANZEIGE

**Herzliche Einladung:
Gospelkonzert**

UNITED PRAISE 2017
...lifting Him higher
SAMSTAG, 14. OKTOBER 2017
Predigerkirche
Zähringerplatz ZH
18.30 Uhr

Wir feiern zusammen mit englischsprachigen Migrationsgemeinden der Region Zürich
Eintritt frei - Kollekte

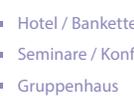
Partner: Combined Joint Choir and Band

Logos: United Praise, afro gospel, SBB, Limmat, Central, Meos, TCF, PathLife

Wussten Sie.

- ... dass zur Heimstätte Rämismühle ein Hotelbetrieb mit 50 Betten in zwei Komfortkategorien gehört?
- ... dass wir über mehrere Seminarräume mit moderner Infrastruktur verfügen?
- ... dass wir gerne Einzelgäste, Ehepaare und ganze Gruppen beherbergen?
- ... dass wir unsere Häuser mit Solarenergie und Holzschnitzel heizen?
- ... dass die Heimstätte Rämismühle vor über 125 Jahren von zwei Pionierinnen begonnen wurde - und bis heute jung geblieben ist?



Heimstätte Rämismühle
 Mühlestrasse 8
 CH-8487 Rämismühle
 Telefon 052 396 44 44
 heimstaette@raemismuehle.ch
<http://www.raemismuehle.ch>



Walter Kienast
 Marktgasse 66
 8400 Winterthur
 Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch



Baugenossenschaft Josefstrasse 32
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch



Wir machen schön Druck!
 Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
 8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch



Wahrhafte Qualität.
daniel sommer holzwerkstatt
 8911 Rifferswil · sommerholz.ch




Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem
 Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.
Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch

Renten sichern



2x JA zur Rentenreform am 24. September
www.ja-zur-rentenreform.ch

Die EVP feiert nochmals 100 Jahre

Abschluss des Jubiläumsjahrs am Gründungsort Uster



Walter Meier
EVP-Kantonsrat
Uster

Die EVP des Bezirks Uster schliesst das Jubiläumsjahr 100 Jahre EVP im Kanton Zürich am 28. Oktober feierlich ab. Dieser Anlass soll insbesondere die Werte der EVP aufzeigen. Natürlich kommt auch das Feiern nicht zu kurz.

2017 ist für die Zürcher EVP ein Jahr des Feierns. Am 25. März feierte sie mit gegen 500 Gästen in Pfäffikon. Am 7. Juli feierte der Kantonsrat 100 Jahre Proporz mit einer öffentlichen Kantonsratssitzung in Winterthur. Diese Feier hatte wesentlich mit der Gründungsgeschichte der EVP zu tun. Fast genau 100 Jahre vorher – am 8. Juli 1917 – wurde nämlich der Kantonsrat erstmals nach dem Proporzwahlverfahren gewählt, was auch der EVP ermöglichte, mit zwei Sitzen in das Kantonsparlament einzuziehen.

«2017 ist für die Zürcher EVP ein Jahr des Feierns.»

Nur wenige Wochen nachdem sich das Zürcher Volk an der Urne für das Proporzwahlverfahren ausgesprochen hatte, versammelten sich ein paar Männer, um eine Partei zu gründen. Diese sollte weder marxistisch noch kapitalistisch sein, sondern ihre Entscheidungen nach rein christlichen Überlegungen treffen. Die Männer riefen zu einer Versammlung auf, welche am 4. März 1917 in der Freien Kirche Uster stattfand. An dieser Versammlung wurde die EVP gegründet, welche sich «Protestantisch-



Bevor die EVP ins 2. Jahrhundert weiterfährt, tankt sie an einer zweiten Jubiläumsfeier auf (im Bild: Jubiläums-Dampfzug beim Wasserfassen in Hinwil)

christliche Partei des Bezirks Uster» nannte. Rund zwei Monate später wurde sodann eine entsprechende Partei im Bezirk Hinwil gegründet. Der Aufwand wurde belohnt: Am 8. Juli 1917 wurden die ersten EVP-Kantonsräte gewählt: der Ustermer Pfarrer Heinrich Bühler und Ferdinand Oberholzer aus Wald.

Am Samstag, 28. Oktober 2017, wird am Gründungsort – der Freien Kirche Uster – ab 16 Uhr nochmals gefeiert. Eingeladen sind alle Mitglie-

der der EVP des Kantons Zürich und weitere Gäste. Grussworte, Videosequenzen, Musik und eine Ansprache von Gastrednerin Pfr. Catherine McMillan stehen auf dem Programm. Dann gibt es einen Apéro und ein Nachtessen. Bitte bei www.evpzh.ch anmelden. Pfr. Catherine McMillan spricht übrigens zu einem Thema, das die EVP seit 100 Jahren begleitet: «Mit Werten beeindruckten – ist das (noch) möglich?»

EVP-Wettbewerb Gewinnen Sie!



Als Preis winken 2 Übernachtungen im Hotel Alpina in Adelboden für 2 Personen.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Wer gibt dem Wahlkampf in der Stadt Zürich ein Gesicht? (Seite 5)

Frage 2: Welche EVP-Ortsgruppe erreicht Besucherrekorde? (Seite 6)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

Gewinnerin

Ausgabe Nr. 147:

Theres Stäheli,
Pfäffikon

Einsendeschluss:

Ende September 2017

Senden an: EVPinfo,

c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpzh.ch

AGENDA

Stammtisch *jev

29. August 2017, 19.00 Uhr
Zürich, Simplonbar

Topaktuelles

30. August 2017, 18.30 Uhr
Dietikon, Zürcherstr. 72
Rest. Sommerau Ticino
Leitung alt Nationalrat Ruedi Aeschbacher

Abschiedsfeier Maja Ingold

2. September 2017, 18 Uhr
Winterthur, Alte Kaserne, Technikumstrasse 8
(nur mit Anmeldung an sekretariat@evpzh.ch)

Abstimmung

24. September 2017

Sternwarte Zürich

26. September 2017, 18.30 Uhr
Uraniastr. 9, Sternwarte
freiw. Abendessen
(nur mit Anmeldung an sekretariat@evpzh.ch)

Delegiertenversammlung ZH

4. Oktober 2017, 19.15 Uhr
Zürich, Sihlstr. 33, Glockenhof

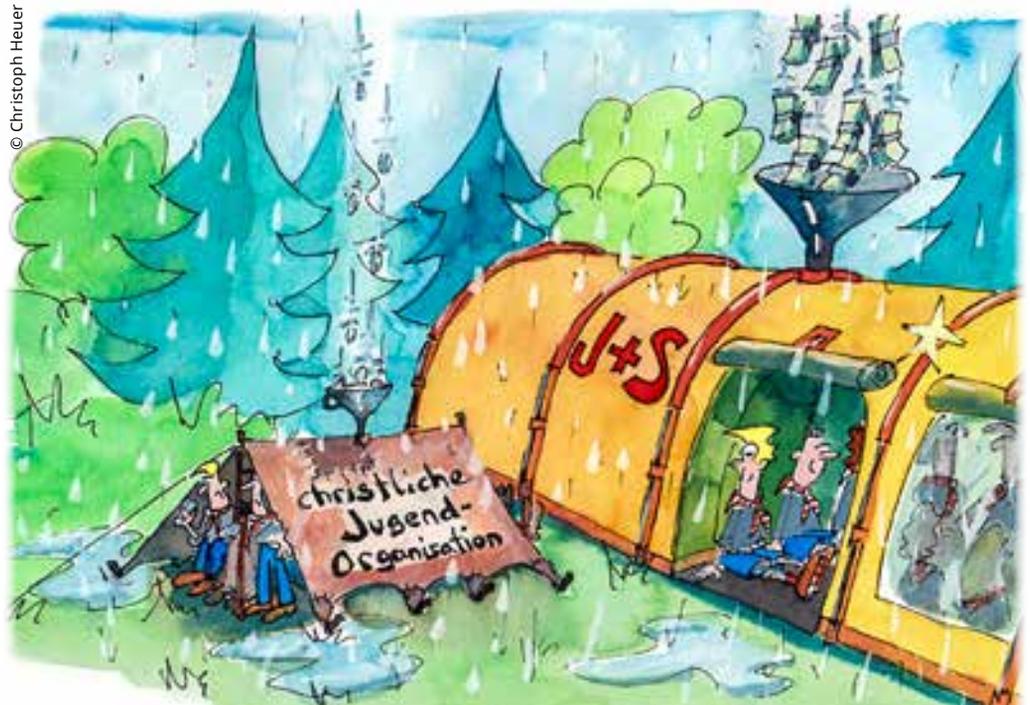
100 Jahre EVP

28. Oktober 2017, 16 Uhr
Gottesdienst, Apéro, Nachtessen
Uster, Gerbestr. 7, Freie Kirche Uster
(Gründungsort EVP)

Weitere Details:
www.evpzh.ch (Termine)
sekretariat@evpzh.ch
Telefon 044 271 43 02

CARTOON

© Christoph Heuer



Christliche Jugendarbeit darf bei Jugend + Sport nicht diskriminiert werden.

PAROLEN

Abstimmungen vom 24. September 2017

BUND

- JA** Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (Gegenvorschlag zur VI «Für Ernährungssicherheit»)
- JA** Zusatzfinanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer
- JA** Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

Details:
www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

KANTON

- NEIN** Änderung der Kantonsverfassung (Gegenvorschlag zur Anti-Stauninitiative)
- JA** Änderung des Steuergesetzes (Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs)
- JA** Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (Heimfinanzierung)
- NEIN** Änderung des Sozialhilfegesetzes (Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene)

KINDER UND ENKEL IN DIE EVP

Sind Ihre Kinder und Enkel schon Mitglied in der EVP? Ob gleiche Gemeinde, gleicher Kanton oder einfach in der Schweiz wohnhaft – jede Mitgliedschaft unterstützt die Anliegen und die gute Politik der EVP. Werben Sie oder rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns, damit wir das Vorgehen besprechen oder einfach Informationen zustellen können.

☎ 044 271 43 02

✉ sekretariat@evpzh.ch

🌐 www.evpzh.ch

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Jacqueline Alder (ja), Winterthur, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Hanspeter Hugentobler (hph), Pfäffikon, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Nik Gugger (ng), Winterthur, Maja Ingold (mi), Winterthur, Walter Meier (wm), Uster, Markus Schaaf (ms), Zell/Rämismühle, Daniel Sommer (ds), Affoltern am Albis. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Gestaltung:** P+S Werbung, Bachenbülach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **Auflage:** Druck: 43 000 Ex.; WEMF-beglaubigt 42 798 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

